

## Die verratenen Propheten

### Der Canossagang westdeutscher Kommunisten nach Ostberlin

Ein seltsamer Mißklang mischt sich in das Orchester starker Töne zum KPD-Verbot: Einige hundert Kommunisten erleben in diesen Tagen zum ersten Male die „sozialistische“ Wirklichkeit. Fast täglich kommen sie in kleinen Trupps nach Ostberlin, mit dem Interzonenzug oder auf illegalen Kurierwegen der Partei. Nicht, daß ihnen Gefahr drohte. Bei den meisten sind es wirtschaftliche Gründe, die sie zu „Westflüchtlingen“ machten. Sie haben jahrelang von Parteigeldern gelebt und kapitulieren nun vor dem bürgerlichen Alltag: Funktionäre ohne Funktion. Nun genießen sie das, als dessen Propheten sie aufgetreten sind: Den Sozialismus der sowjetzonalen Bruderpartei, die ihnen eine befremdliche Begrüßung bereitet.

Es mögen etwa 600 bis 800 kommunistische Funktionäre sein, die seit kurzer Zeit in zwei Ostberliner Sammelunterkünften Quartier bekamen. Man hat ihnen die Parteidokumente und Bundespersonalausweise abgenommen, zahlt ihnen ein tägliches Taschengeld von zwei Mark und verpflegt sie aus benachbarten Betriebsküchen.

Innen allen blüht das Los, als Hilfsarbeiter oder Umlerner in die hintersten Winkel der Zone abgeschoben zu werden. Keinem von ihnen gelingt es, zu den Mitgliedern des emigrierten Parteivorstandes vorzudringen. Der tagt in Permanenz mit den für die Westarbeit des Zentralkomitees verantwortlichen SED-Funktionären und läßt sich selbst vor persönlichen Freunden verleugnen. Die SED-Presse schreibt unterdessen heroische Leitartikel: „KP lebt weiter!“ Wie aber lebt sie denn?

#### Reimann mußte „verreisen“

Unmittelbar nach dem KP-Verbot traten der in Ostberlin ansässige KPD-Parteivorstand und das erweiterte SED-Politbüro zusammen, um Sofortmaßnahmen zu beschließen. Neben organisatorischen Anordnungen und dem Abbau aller derzeitigen Verbindungslinien stand auch die Verhinderung einer überstürzten Fluchtwelle aus dem KP-Apparat zur Diskussion. Der SED lag zu diesem Zeitpunkt nur daran, soge-

nannte „Geheimnisträger“ aus der Bundesrepublik fortzuschaffen, also kommunistische Agenten mit Kenntnis der illegalen Parteiarbeit. Heute weiß jeder KPD-Gruppensekretär, daß seine Übersiedlung in die Zone als Fährtenflucht angesehen würde. Die SED wünscht nichts sehnlicher als die Verhaftung dieser kleinen Kommunisten, die zu ihrem größten Leidwesen nicht erfolgt. So fühlt sie sich um die ihrer Propaganda fehlenden Märtyrer betrogen.

Wo aber ist der Parteivor-sitzende Reimann in dieser Situation? Die aus dem Westen flüchtenden Kommunisten glauben es erst, wenn man ihnen die SED-Zeitungen zeigt: Max Reimann ist nach einer ausgedehnten Urlaubsreise durch die Sowjetunion mittlerweile in Peking angelangt, wo er am Kongreß der chinesischen KP teilnimmt. Ulbricht und Schirdewan haben ihn „abgeschoben“, um in aller Ruhe die Reste des KPD-Apparates zu einer konspirativen Untergrundbewegung umzuformen.

Wenn Reimann zurückkehrt, sind die der SED brauchbar erscheinenden Kommunisten längst unter Decknamen und falschen Personalausweisen auf sowjetzonale Agentenschulen eingewiesen, während der ungebeten übersiedelte Rest als sowjetzonale Neubürger ihr Leben fristen.

Man zeigt dabei erstaunliche

Eile, indem man die KP-Flüchtlinge so schnell wie möglich von allen westlichen Bindungen befreit. Wer keine allzu große Familie hat, muß sie sofort nachholen, das KP-Buch wird verdächtig schnell gegen das Mitgliedsbuch der Zonenpartei vertauscht und der künftige Aufenthaltsort wird möglichst weit von der Zentrale entfernt gewählt.

„Ihr müßt Euch erst ein bißchen akklimatisieren!“ sagt man den Enttäuschten und die örtliche SED-Leitung wird schon dafür Sorge tragen, daß die Bäume der Erwartung nicht in den sowjetzonalen Himmel wachsen.

#### Untergrund-Brigade

In Wirklichkeit aber wird man den weiteren Weg dieser „Abgeschobenen“ von der Zentrale aus recht aufmerksam verfolgen. Ständige Führungsberichte werden den künftigen Einsatz des Ex-Kommunisten bestimmen. Eines Tages wird seine Stunde gekommen sein. Dann darf er mit falschen Papieren wieder in die westdeutsche Heimat, um zu jener Untergrund-Brigade zu stoßen, die jetzt ohne Max Reimann ihre Geburtsstunde erlebt. Es ist ein gewagtes Experiment, aber die SED vertraut auf ihren Überwachungsapparat. Fällt der ehemalige KP-Mann vorher um, verschwindet er im namenlosen Heer sowjetzonaler Industriearbeiter, doppelt bemittelt und kontrolliert. Bewährt er sich trotz diesem Anschauungsunterricht als Kommunist, ist er für den Untergrund geeignet. Denn dann hat er seinen Charakter und seine einstigen sozialistischen Ideale verloren.

So wird die KPD „weiterleben“, in einer unruhlichen Existenz. Und mit diesem Wissen muß alle künftige SED-Propaganda gemessen werden.



## Wächter der Demokratie?

DT. Das war ein eindrucksvoller Vorgang, als im britischen Unterhaus der Führer der Opposition, Hugh Gaitskell, der Regierungspolitik in einer fundamentalen Frage entgegentrat. Soll der Suezkonflikt mit den Mitteln der Diplomatie oder schließlich mit Gewalt gelöst werden? Soll es Verständigung oder Krieg geben? Scharf, aber sachlich und sogar mit einem echten Bedauern darüber, daß man in einer so wichtigen Frage nicht übereinstimme, hat Gaitskell Satz für Satz seiner Rede formuliert. Sie war eine entschiedene Absage an die Gewalt, die heute nur zur Verteidigung gegen einen Angriff angewandt werden dürfe; sie war eine Warnung vor den nicht übersehbaren Folgen, die jede gewaltsame Intervention in sich berge; sie war schließlich eine Beschwörung der völkerrechtlichen Legalität des politischen Handelns, von deren Wahrung im Zeitalter der Atombombe und der UN der Friede der Welt abhängt. „Ich kann mir nicht denken“, sagte Gaitskell, „daß die Welt als Ganzes oder auch nur die öffentliche Meinung in Großbritannien einverstanden wären, wegen des Unterschiedes zwischen einer Aufsichtsbehörde und einem beratenden Ausschuß Krieg zu führen.“

Das erinnert fast an die historische Intervention des greisen Thiers, der im Juli 1870, am Vorabend der Kriegserklärung an Preußen, in einer dramatischen Sitzung der französischen Kammer warnte: „Soll man sagen dürfen, daß die französische Regierung sich um einer Formfrage willen entschlossen habe, Krieg zu führen?“ Damals wurde der Warner nicht gehört. Immerhin hat Gaitskell mit seiner erregenden Intervention dem Premierminister die Versicherung abgerungen, daß man vor den Sicherheitsrat der UN gehen sollte, falls Nasser den Schiffen der Kanalbenutzer-Gesellschaft die Durchfahrt durch den Kanal verwehren würde.

Die peinliche Situation, die sich um den Suezkonflikt ent-

wickelt hat, ist die Folge einer Reihe von Fehlern, und jedem dieser Fehler steht heute ein sowjetischer Gewinn gegenüber. Waffen aus der Tschechoslowakei, Wirtschaftshilfe aus Moskau, Lotsen aus der Sowjetunion, diplomatischer Beistand der sowjetischen Regierung, penetrant gespielte Sympathie aus dem ganzen Ostblock — das ist Schritt für Schritt der Weg zum Aufbau des sowjetischen Einflusses in Ägypten. Es wird einer großen diplomatischen Kunst bedürfen, um zu verhindern, daß dieser Einfluß über den ägyptischen Ansatzpunkt hinaus, den der Westen den Sowjets geradezu geschenkt hat, sich nicht noch weiter ausdehnt. Waffen könnten hier, auf weitere Sicht gesehen, nur die gegenteilige Wirkung erzielen.

### Zeichen gesunder Kraft

Die rückhaltlose Offenheit, mit der im Unterhaus der zwischen Regierung und Opposition bestehende Gegensatz ausgetragen wurde, ist ein Zeichen der gesunden Kraft eines geordneten demokratischen Staatswesens. Hier wird nichts verschwiegen und alles gesagt, was parlamentarische Verantwortung und persönliche Überzeugung zu sagen gebieten. Jeder Staatsbürger kann sich über die für und gegen die Regierungspolitik vorgetragenen Argumente vollkommen informieren und dann seine Meinung bilden. Dem freien Parlament entspricht nämlich eine freie Presse, die über die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition ausführlich berichtet und — weder gelenkt noch behindert — ihre unabhängige Meinung äußert. So ist es in allen demokratischen Ländern.

Wir betonen das, weil wir in Berlin und also in einer Stadt leben, deren Freiheit rings von einer Welt umgeben ist, die von Jasager-Parlamenten geprägt und von der Furcht beherrscht ist, eine von der Regierungsnorm abweichende Meinung zu äußern. Es ist nicht ganz sicher, ob die Diktatoren zwischen Pankow und Moskau uns um diese spannungsreiche Freiheit der öffentlichen Meinungsbildung im stillen beneiden oder ob sie uns für einigermaßen „gestört“ halten. Wahrscheinlich aber halten sie, die meist

sehr unbequem auf Bajonetten sitzen (und in Pankow sogar auf fremden), gegenüber dem souveränen Selbstbewußtsein, das sich in dieser Haltung eines demokratischen Parlaments äußert, ein wohl begründetes Minderwertigkeitsgefühl. Sie werden wohl oder übel die robuste Gesundheit eines Staatswesens anerkennen, dessen Bürger das Recht haben, durch ihre parlamentarische Vertretung die Regierung zu stürzen, aber sich dann nicht zugleich an dem Staat selbst vergreifen. Das ist eine Freiheit, die jene Diktatoren nicht gewähren können, weil andernfalls mit ihnen nicht nur eine Regierung, sondern ein ganzes Regierungssystem, ihr Staat, stürzen würde.

Die Machthaber von Pankow wissen um diese Zusammenhänge spätestens seit dem 17. Juni 1953 genau Bescheid. Das ist auch der Grund dafür, daß sie sich weiterhin ein Parlament von Jasagern halten und eine hörige Presse dazu, die beide nur zum Zwecke der Machtbewahrung dienen. Sie handeln nach einem psychologischen Gesetz, dem der Schuldige so gerne folgt, wenn sie ihr still empfundenes Minderwertigkeitsgefühl mit demokratischen Phrasen laut überschreien: sie machen aus ihrer politischen Existenznot eine Tugend, indem sie ihre Diktatur als die modernste Demokratie der Welt preisen.

### Gewerkschaft auf Abwegen

Es gibt heute nicht mehr viele Deutsche, die diesen Phrasen gegenüber einer Belehrung bedürfen, und nur wenige sind geneigt, die „modernste Demokratie“ durch persönlichen Kontakt mit ihren Trägern einer Probe zu unterziehen. Zu diesen wenigen gehört die IG Druck und Papier, die auf ihrer Jahrestagung mit knapper Mehrheit solche Kontakte empfahl. Der Jubel in Pankow und die deutsche Kritik dürften ihr bereits gezeigt haben, daß sie mit dieser Empfehlung auf einen bedenklichen Abweg geraten ist. Das hat diese Gewerkschaft nicht gehindert, sich in einer weiteren Entschließung als ein besonders besorgter Wächter der Demokratie aufzuspielen. Sie erklärte nämlich mit schar-

(Fortsetzung auf Seite 7)



## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni  
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## „Druck auf Moskau nicht vermindern“ Kein Nachlassen in Bemühungen um die Wiedervereinigung

Washington (AP). Der amerikanische Außenminister Dulles hat auf einer Pressekonferenz erklärt, es läge kein Grund für die Annahme vor, daß die Sowjetunion ihre Ansichten in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands geändert habe. Doch bedeute dies nicht, daß die Anstrengungen der Westmächte, die Wiedervereinigung herbeizuführen, deshalb vermindert werden sollten. Man müsse vielmehr den ständigen Druck auf Moskau aufrechterhalten, um das Ziel zu erreichen.

## Brenner: kein Verhandeln mit FDGB Gegen Kompromisse mit Feinden der Demokratie

Dortmund (AP/DPA). Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall hat deren Vorsitzender Otto Brenner erklärt, seine Gewerkschaft denke nicht daran, mit den Vertretern des FDGB oder mit den offiziellen Machthabern der Sowjetzone Kontakt aufzunehmen.

Brenner sagte, es sei geradezu unmöglich, daß die IG Metall auch nur eine Hand für eine Kontaktaufnahme mit dem FDGB hergebe. Die Gewerk-

## Gutnachbarliche Beziehungen notwendig

Jakob Kaiser über das deutsch-sowjetische Verhältnis

Lüneburg (Eigenbericht). Bundesminister Jakob Kaiser hat die Herstellung normaler guter, nachbarlicher Beziehungen zwischen dem deutschen und dem russischen Volk als ein Gebot des Interesses der beiden Nationen bezeichnet. Es sei selbstverständlich, „daß wir — was unsere politischen, sozialen und kulturellen Überzeugungen angeht — zur freien Welt gehören. Ebenso selbstverständlich ist es aber auch, daß wir auch mit der Sowjetunion in ein tragbares Verhältnis kommen müssen, wenn wir unserem Willen, die Wiedervereinigung durch Verhandlungen herbeizuführen, treu bleiben wollen.“

Kaiser, der vor dem „Club von Lüneburg“ sprach, fuhr fort: „Wenn ich sage — tragbar —, so heißt das: es gibt zwischen dem Prinzip der Freiheit und der Unfreiheit kein Kompromiß. Es gibt keine Freundschaft zwischen Völkern, von denen ein Volk dem anderen seine staatliche Einheit verweigert.“ Trotz allem, was zwischen den beiden Völkern vorgefallen sei, könne es einen Versuch geben, zu verhandeln. Kaiser betonte, daß mit der Wiedervereinigung nicht beabsichtigt sei, die mili-

tärische Lage einer Mächtegruppe zu verbessern.

Auf die Zone eingehend sagte der Minister, daß die Prüfungen, die der Bevölkerung auferlegt worden seien, innere Gesinnungen und Wertungen gezeitigt hätten, um die wir sie beneiden könnten. Bei einer Wiedervereinigung bringe sie ihre Erfahrungen in den gesamtdeutschen Staat mit ein. „Und wir dürfen schon heute sagen: Die Menschen der Zone kommen nicht nur als Nehmende. Sie werden als Gebende von moralischen, von politischen und sozialen Werten kommen, die eine Bereicherung für unser Volk bedeuten.“ Es werde keinen Anschluß der 17 Millionen an die Bundesrepublik geben. Wiedervereinigung bedeute ein neues Gesamtdeutschland.

## Botschafter Haas auf Erholungsurlaub

Moskau (DPA). Der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Dr. Wilhelm Haas, ist zu einem mehrwöchigen Erholungsurlaub nach Deutschland gereist. Die Geschäfte der Botschaft führt inzwischen Gesandter Northe. Der Urlaub von Botschafter Haas war schon seit längerer Zeit geplant.

dervereinigung in Frieden und Freiheit einsetzen werde, es aber andererseits ablehne, „Kompromisse mit Feinden der Demokratie diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs zu schließen“.

## „Kein Gesprächspartner“

München (AP/DPA). Auch die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands hat dem sowjetzonalen FDGB eine eindeutige Absage erteilt. Vertreter des Hauptvorstandes erklärten: „Die IG Eisenbahn im FDGB ist für uns kein Gesprächspartner“.

schaften der Bundesrepublik müßten feststellen, daß bisher keine einzige ihrer Forderungen in der Sowjetzone verwirklicht worden sei. Solange es jenseits der Zonengrenze weder eine freie Gewerkschaft noch ein Streikrecht und keine freien Betriebsräte gebe, „denken wir nicht daran, mit dem FDGB auch nur zu verhandeln“.

In seinem Schlußwort unterstrich Brenner noch einmal, daß sich die IG Metall für die Wie-



## Die „Helden“ sind müde

**Chemnitzer GST-Kongreß sah keine Optimisten — Alte Rot Front- und US-Kämpfer**

In Chemnitz tagte am vergangenen Wochenende der I. Kongreß der kommunistischen „Gesellschaft für Sport und Technik“. Es sollte ein Kongreß der Erfolge sein. Bis zum letzten Tag der Vorbereitung hatten die Veranstalter versucht, ihren Rechenschaftsbericht durch Wettbewerbe und Sonderaktionen zu verbessern. Was blieb, war mehr als traurig. Die „GST“ produzierte sich als schwerfälliger Funktionsapparat, der alle Mühe hatte, die Jugendlichen für seine Aufgaben zu interessieren. Wäre es eine Sportveranstaltung gewesen, sie hätte einen selten großen Zulauf gehabt angesichts des Einsatzes aller Mittel vom Flugzeug bis zum Rassepfers. So aber wurden „Helden“ gesucht, und die Jugendlichen scheuten das militante Theater.

Der Hintergrund gab keinen Anlaß zur Freude. Man betonte die nunmehrige Freiwilligkeit des Dienstes in der „Nationalen Volksarmee“ und bezeichnete die GST often als militärische Zubringer-Organisation. Delegierte der „Betriebskampfguppen“ ließen keinen Zweifel, daß man die GST auch ohnehin als bewaffnete Miliz miteinkalkuliere.

Die „alten Kämpfer“ wie Spanien-General Staimer und Willi Elstner brillierten mit Bürgerkriegs-Memoiren, und die sowjetischen Freunde sprachen auch nicht nur vom Frieden. Wer schon etwas älter war, konnte alte Freunde aus der NS-Reichsjugendführung begrüßen, wie die GST-Sekretäre Eichler oder Krämer. Überhaupt paarten sich hier in seltsamer Gemeinschaft Kommunisten, alte Komintern-Agenten, rotspanische Bürgerkriegs-Spezialisten und ehemalige Wehrmachts-Offiziere. Ihnen allen war eines gemeinsam: Das Bestreben, die mißtrauisch zurückhaltenden FDJ-Mitglieder unter allen erdenklichen Versprechungen an die Waffen zu holen.

### Gegen Kampfsport

Aus allen Referaten hörte man das Desinteresse der Jugend am sogenannten „Kampfsport“ und an der Handhabung der freigiebig ausgestellten Infanteriewaffen heraus. Segelfliegen — ja, aber dann eben nur Segelfliegen. Delegierte berichteten, wie die Fluggruppen nach anfänglichen Erfolgen auseinanderfielen, weil man das Karabinerschießen als Voraussetzung verlangte. Ein Leipziger verlangte allen Ernstes, den Verkauf von Motorrädern zu drosseln, weil die Jugendlichen —

wie er sagte — „in dem Augenblick für die GST verloren sind, wenn sie sich ein eigenes Motorrad kaufen können“.

Das zeigt vielleicht die ganze Problematik der GST. Die SED hat diese Organisation als Kadreserve für die Armee aufgezogen und will in ihr militante Klassenkämpfer erziehen. Die Jugendlichen aber, die von der FDJ in die GST getrieben werden, wollen nichts als Sport treiben. Welcher Junge interessiert sich nicht für den Mo-

torsport? Wer möchte nicht einmal in einem Segelflugzeug oder gar in einem Motorflugzeug sitzen? Viele hoffen, daß es dazu kommt, ohne daß sie die Waffe in die Hand zu nehmen brauchen. Die sowjetischen Gäste von der Schwesterver- und Dachorganisation „DOSAAF“ drückten das klar genug aus: „Bei uns bekommt ein Junge überhaupt erst dann ein Motorrad in die Hand, wenn er wie ein Scharfschütze schießen und wie ein Grabenkämpfer Handgranaten werfen kann!“

### Vergessen in der Eile

Die SED-Presse hat recht wenig über diesen Kongreß berichtet. Vieles wurde „vergessen in der Eile“. Auch der Bericht eines Delegierten, wonach man die „Unfallquote“ senken muß. Niemand sagte, wieviel Opfer dieses Kriegsspiel im Frieden schon gekostet hat, aber die Art, wie man darüber hinwegzugen suchte, ließ es ahnen.

## Wie die Sowjets in Schweden spionieren

**Prozeß erregt Aufsehen - Geheimnisse dem Kream ausgeliefert**

Stockholm (AP / DPA). In Stockholm läuft der Prozeß gegen den des Landesverrats angeklagten 46jährigen Radartechniker Anatole Ericsson.

Der in Rußland geborene Angeklagte gestand, seit 20 Jahren im Dienste der sowjetischen Sicherheitspolizei gestanden und Spionage für die Sowjetunion getrieben zu haben. Noch im Jahre 1953 habe er den Auftrag erhalten, sich eine Villa auf einer der Stockholmer Schäreninseln zu kaufen und dort einen Kurzwellensender zu installieren, der im Falle eines Krieges zwischen der Sowjetunion und Schweden benutzt werden sollte.

Ericsson, der einen schwedischen Vater und eine russische Mutter hat und mit einer Russin verheiratet ist, sagte aus, er sei von den Sowjets 1941 zur Fortsetzung seiner Spionagetätigkeit erpreßt worden. Man habe ihm damals zu verstehen gegeben, seine in Leningrad lebende Mutter und seine

übrigen Verwandten würden die Folgen zu tragen haben.

Wie der Angeklagte berichtete, hatte er 1936 bis 1938 damit begonnen, seine Freunde und Bekannten in Rußland und Schweden zu überwachen und ihre Äußerungen der sowjetischen Geheimpolizei zu hinterbringen. 1938 habe er eine Spionageverpflichtung unterschrieben und als Gegenleistung für sich und seine Frau eine Ausreisegenehmigung erhalten. Mit der Zeit seien ihm dann größere Aufträge gegeben worden. Er habe sich bereit erklärt, auch an seinem Arbeitsplatz in dem schwedischen Elektrizitätskonzern L. M. Ericsson, in dem Radar- und andere Geräte für die schwedischen Streitkräfte hergestellt werden, Spionage zu treiben.

Wie der Angeklagte weiter berichtete, waren seine Kontaktmänner mehrere Mitglieder der sowjetischen Wirtschaftsmission in Stockholm gewesen. Er sei mit ihnen an verschiedenen Orten und auch in seiner Wohnung zusammengetroffen.



So sind sie wirklich:

## Gehirn auf Abruf: Kuba

Das Moskauer Maïen-Lüftchen hat manchen Temperatursturz erlebt, ehe es die sowjetzonalen Schriftsteller verspürten. Um so nachhaltiger versuchen sie jetzt, den Stalinismus zu verleugnen. An die Spitze der „Reformisten“ aber beginnt sich ein Mann zu stellen, der seine Eigenwilligkeit bisher nur im Versmaß, nie aber in den Fragen weltanschaulicher Logik demonstrierte: Kurt Bartel, auch Kuba genannt.

Dieser „Kuba“ ist für die FDJ eine Zeitlang das gewesen, was ein Majakowski für die russischen Komsomolzen war: Ein Idol am spärlichen Dichterkimmel des Sozialismus, das man um so mehr verehrte, je weniger man seine Verse verstand. Bartel hat völlig unterschiedliche Schaffensperioden, heute tritt er fast nur noch durch gelegentliche Zeitungsgedichte zu Tagesereignissen hervor. Ähnlich geht es ihm mit der Politik: Jahrelang schweigt er, und plötzlich öffnet er sich wie ein Vulkan, nicht immer wird dabei verständlich, was er eigentlich will.

Im Parteiapparat haben sie ihn „Gehirn auf Abruf“ getauft, ihn, Kuba, das „kleine Majakowski-Plagiat“...

### „Irgend etwas Gewaltiges...“

Kurt Bartel wurde am 8. 6. 1914 als Sohn eines Streckenarbeiters in Garnsdorf bei Chemnitz geboren. Als Kriegswaise erlebte er eine freudlose Jugend, bis er 1928 nach dem Besuch der Volksschule bei einem Malermeister in die Lehre trat. Zur gleichen Zeit gründete er mit drei Mitgliedern in seinem Heimatort die „Sozialistische Arbeiterjugend“ (SAJ). Als Delegierter auf verschiedenen Verbandskonferenzen lernte er die geistige Elite der deutschen Kommunisten kennen, die dem aufgeweckten Arbeiterjungen Interesse entgegenbrachte. Aus dieser Zeit stammt sein Wunsch, „irgend etwas Gewaltiges“ zu schaffen: Ein Buch, ein Epos, eine Tragödie...

### KURT BARTEL



Erich Weinert wurde sein Leitstern, Majakowski betete er an, Walt Whitman hatte er falsch verstanden. 1933 ging er freiwillig in die Emigration, von KP-Kameraden willig mitgenommen. Über Prag und Warschau geriet er nach England, wo er Jahre in einem Internierten-Camp verbrachte. Die englische Schulung, vermischt mit wirrem Majakowski-Ideal und eigenen dichterischen Versuchen, schuf in ihm viel Zweifel an seiner künstlerischen Berufung, so daß er einem Freunde schrieb: „Ich glaube, man wird mich nicht so leicht verstehen!“ Im Exil heiratete er die deutsche Kommunistin Ruth Stange, mit der er 1946 in die Sowjetzone übersiedelte.

### „Genie oder total verrückt!“

Bartel wurde Mitglied der SED und Lektor in einem Ostberliner Verlag. 1947 engagierte ihn die Max-Hütte Unterwellenborn als Kulturdirektor. Er begann zu dichten.

Sepp Schwab, die damalige „graue Eminenz“ des „Neuen Deutschland“, gab seine Gedichte weiter: „Ich verstehe das Zeug nicht! Der Kerl ist entweder ein Genie oder ein Verrückter...“ Die FDJ erkör sich den ehemaligen Jungsozialisten als Hofdichter. Ihr vermachte

er seine Erstlingswerke, bald erschienen Bücher, hektisch nach Majakowski zusammengeschnitten. Der Markt war da: Kuba — so hieß er jetzt — mußte schreiben! 1950 wurde er Kandidat, 1954 bereits Mitglied des Zentralkomitees. Einem solchen Mann wagt kein Lektor zu widersprechen. 1950 Volkskammerabgeordneter, 1952 Generalsekretär des sowjetzonalen Schriftstellerverbandes. In Moskau ist er bald vertrauter Gast, Stalin gilt seine Lyrik: „Kopf des Proleten, Hirn des Gelehrten! Rock des Soldaten: Genosse Stalin!“

1953 bricht es ihm fast das Versmaß: Seine Parteikantate wird wegen schwerer „formalistischer Fehler“ in Acht und Bann getan. Aber ein anderer geht für ihn in die Wüste: Egon Rentzsch, der Mann für „Kunst und Schöne Literatur“ im ZK. Kuba aber bekam einen schöpferischen Schock. Er verlegte sich auf Zeitungsgedichte, die man viel belachte. Die eigenwillige Form ging allmählich verloren. Er wurde Agitator im Versmaß, Propagandist in Jamben, verdoppelte sein Lebendgewicht und bekam Allüren wie ein alternder Star...

### Die heitere Revolte

So ist es fast eine heitere Revolte, die Kuba jetzt in Szene setzt. Mit dem jugendlichen Schillerkragen des Dichters blüfft er die „Alten“ aus dem Schriftstellerverband: „Ihr seid schuld, daß wir uns Stalin verschrieben! Ihr hättet es wissen müssen!“ Aber wo hat denn Kurt Bartel in all diesen Jahren gelebt? Er, als „Mann der Politik“, konnte nicht den Elfenbeinturm des irrenden Dichters als Quartier verbuchen. Zu deutlich hat er sich auf alle jene Dinge bezogen, die er heute verdammt. Kein Arnold Zweig, kein Bernhard Kellermann und kein Ludwig Renn hatte neben ihm Bestand, wenn er in diesen Jahren das Wort erhob im Rat der Geistes schaffenden. Vielleicht aber hat ihn nur die künstlerische Impotenz wieder in die Politik, und gleich in die Revolte, getrieben.



## Industrie-Ausstellung in Berlin

Starkes Interesse von In- und Ausland

Berlin (Eigenbericht). Am Sonnabend ist die Deutsche Industrieausstellung 1956 wieder durch den Bundeswirtschaftsminister Erhard eröffnet worden, der schon bei der ersten Ausstellung 1950 der Protektor war. Die große Ehrenhalle, ausgeschmückt mit Symbolen aus der kommenden Atomtechnik, die eine neue industrielle Entwicklung einleiten wird, konnte die große Zahl der Ehrengäste, unter denen Bürgermeister Amrehn in einer besonders ansprechenden Begrüßungsrede den türkischen Innenminister Menderes, den amerikanischen Botschafter Conant und den Vertreter der britischen Königin begrüßte, kaum noch fassen.

In großer Zahl waren ausländische Missionen vertreten. Viele Ausländer sind nach Berlin gekommen, 492 ausländische Aussteller sind vertreten. Bundesbehörden, Verbände, Fachgruppen, Industrielle sind zahlreicher als sonst nach Berlin gekommen; die Ausstellung ist wieder größer geworden und zeigt den Glanz in- und ausländischer Fertigung einer freien Wirtschaft neben den Berliner Spitzenleistungen. Es ist kein Wunder, wenn auch eine sowjetische Delegation unter Führung eines Ministers gekommen ist.

### Grußbotschaft Eisenhowers

Bei der Eröffnung der amerikanischen Schau „Unbegrenzter Raum“ übermittelte Botschafter Conant eine Botschaft Präsident Eisenhowers an die Bevölkerung des freien Deutschlands. Eisenhower gab darin

### Im Zeichen der Festwochen

Berlin (Eigenmeldung). Mit Genugtuung könne festgestellt werden, daß die Anziehungskraft der Berliner Festwochen auch im Ausland immer größer geworden sei. Andererseits sollen sie nach wie vor auch für unsere Brüder aus dem Osten das Weltschaufenster sein. Diese Worte sprach Westberlins Amtierender Regierender Bürgermeister Franz Amrehn bei der festlichen Eröffnung der 6. Berliner Festwochen am Sonntag im Berliner Konzertsaal der Hochschule für Musik.

Das Ausland ist in diesem Jahr u. a. mit der Edinburgh Festival Company, einem Gastspiel Jean-Louis Barraults, dem

der Hoffnung Ausdruck, daß der auf der Ausstellung im naturgetreuen Modell gezeigte amerikanische Erdsatellit eine gesunde Anregung für die Phantasie aller Besucher sein werde. Er würdigte weiter die Pionierarbeit deutscher Forscher bei der Erschließung der Atmosphäre in großen Höhen.

## Beschwerden der Kirche blieben ungehört

Erklärung der Ostkirchen-Konferenz

Berlin (epd). Die Ostkirchen-Konferenz hat auf ihrer jetzt abgeschlossenen Tagung in Berlin festgelegt, daß die von dem zuständigen Ausschuß der Synode im Juni dieses Jahres vorgetragene Erschwernisse des kirchlichen Lebens in der Sowjetzone bisher nicht beseitigt worden sind. Mit ernster Sorge nahm die Konferenz die neuen Hinweise des Ministeriums für Volksbildung zur Kenntnis, die für die Schüler der Oberklassen eine Kampfsportausbildung vorsehen. Die Ausbildung schließt Schießübungen auch für Mädchen ein. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde von der Ostkirchen-Konferenz gebeten, diese Entwicklung in

New York City Ballet, dem spanischen Ballett Ximenez-Vargas, mit italienischen und Schweizer Orchestern, englischer Lied- und Chormusik und einer französischen Kunstausstellung reich beteiligt. Zu den prominenten Festspielgästen zählen Erich Maria Remarque, Igor Strawinsky, Benjamin Britten und Werner Bergengruen.

## Stärkere Jugendkontakte zwischen Ost und West

Bonn (DPA). Das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ beschloß, die Jugend der Bundesrepublik aufzufordern, Weihnachtsgeschenke für die Jugendlichen in der Sowjetzone anzufertigen. Auch sollen möglichst viele Jugendliche aus der DDR während der Weihnachtsferien nach dem Westen eingeladen werden.

Der Ausschuß für Erziehungs- und Jugendfragen des Kuratoriums soll in Zukunft die Begegnung junger Menschen diesseits und jenseits der Zonen-grenze stärker fördern. So ist vor allem an Reisen von geschlossenen Schulklassen von der Bundesrepublik in die Zone und aus der Zone ins Bundesgebiet gedacht.

der Zone aufmerksam zu beobachten.

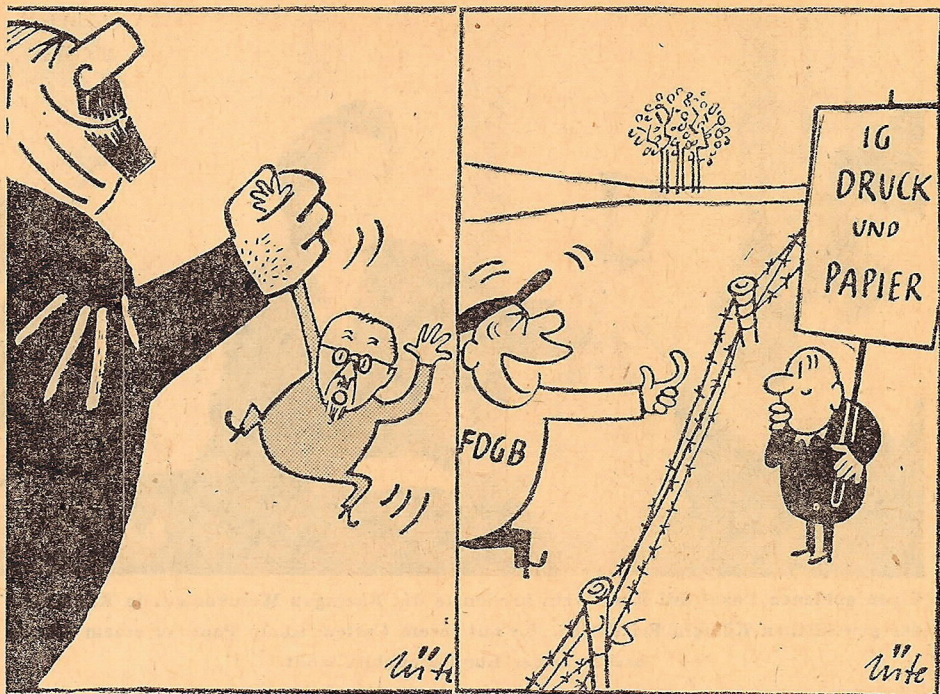
Die von sowjetzonaler Seite verbreitete Nachricht, daß die Kirchenleitungen sich für eine zeitliche Verkürzung der öffentlichen Sammlung der Inneren Mission eingesetzt haben sollen, wurde von der Konferenz als irreführend bezeichnet.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Druck: W. Büxenstein, GmbH. Manfred-von-Richtofen-Str. 2.





Nuschke: „Wir haben der Arbeiter-  
klasse die Bruderhand gereicht“

„Kommt ruhig rüber, in Sachen Druck  
sind wir Fachleute!“

## Wächter der Demokratie?

(Fortsetzung von Seite 2)

fer Front gegen die Bundesregierung, der sie in der Sprache Pankows die Duldung reaktionärer und faschistischer Tendenzen vorwirft, der behördliche Apparat bis hinauf zu den obersten Spitzen der Regierung sei von antidemokratischen Kräften durchsetzt „und damit die weitere Entwicklung der Demokratie aufs äußerste gefährdet“. Welche Art von Demokratie ist hier eigentlich gemeint? Die Frage ist berechtigt an eine Gewerkschaft, deren Mehrheit keine Hemmung verspürt, mit der antidemokratischen Zwangsanstalt des FDGB freundschaftliche Kontakte aufzunehmen. Die weitere Frage, wer hier die Entwicklung der Demokratie gefährdet — unserer Demokratie! —, bedarf

keiner Antwort; sie ergibt sich von selbst.

Die Tagung der IG Druck und Papier bedarf noch einer weiteren Anmerkung. In einer Entschliebung wurden die Mitglieder aufgefordert, sich „bei den nächsten Bundestagswahlen dafür einzusetzen, daß eine Zusammensetzung des Bundestages erreicht wird, durch welche die demokratische Entwicklung auch für die Zukunft gewährleistet wird“. Es gehört kein großer Scharfsinn dazu, um diese Aufforderung dahin zu verstehen, daß die Mitglieder der Gewerkschaft die SPD wählen sollen. Wer die Gewerkschaften als einen tragenden Faktor unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens ernst nimmt und es gut mit ihnen meint, der wird diesen Verstoß gegen die parteipolitische Neu-

tralität nicht nur bedauern, sondern auch entschieden zurückweisen. Schon in den Wahlen des Jahres 1953 hat die gleichlautende Aufforderung, einen „anderen Bundestag“ zu wählen, die Gewerkschaften nicht nur berechtigten Anfeindungen ausgesetzt, und zwar aus ihren eigenen Reihen, sondern ihnen auch eine schwere politische Niederlage eingebracht.

## Auch Bundesrat nach Berlin

Bonn (DPA). Der Bundesrat wird, wie auch der Bundestag zum Zeichen seiner Verbundenheit mit der alten Reichshauptstadt in diesem Jahre wieder in Berlin tagen. Wie aus Kreisen der Landesvertretungen verlautet, wird die Ländervertretung vermutlich Ende Oktober oder in der ersten Novemberhälfte zu einer Arbeitswoche in Berlin zusammentreten.





Einen goldenen Pokal mit Rheinwein kredenzte die Rheingau-Weinkönigin in Rüdesheim der griechischen Königin Friederike, die mit ihrem Gatten, König Paul, zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik weilt

Lufthansa eröffnete Nahost-Route. Vor dem Start in Hamburg. Bundesminister Seehofer (2. von links) im Gespräch mit dem türkischen Botschafter Esin (Mitte)

